

Frau Jung sprach den Mitarbeitenden des Bürgerservice zunächst Dank für deren Arbeitsleistung aus. Trotzdem müsse nochmal überlegt werden, ob bei dem Fachdienst nicht so umorganisiert werden könne, dass keine langen Wartezeiten beim Warten auf Termine mehr entstehen würden. Das Anliegen der FDP-Fraktion sei es herauszufinden, mit welchen Mitteln man in diesem Sommer beim Bürgerservice Entlastung schaffen könne: Bspw. mit Boni oder mit flexiblen Arbeitszeiten.

Herr Metz bemerkte, dass die Not im Bürgerservice groß sein müsse wenn ein Bürgermeister bei der Ausgabe von Pässen bei einer dieser Aktionen mithelfen müsse. Dann verdiene das auch eine Beratung im Rat und darüber zu reden, wie es dort weitergehen solle.

Herr Knülle sagte, dass der Bürgerservice lange im positiven Sinne ein Aushängeschild der Stadt gewesen sei, anders als in bspw. anliegenden Großstädten. Dies habe sich nun leider geändert. Vor dem Rathaus spielten sich Szenen ab. Diese Zustände seien bisher noch nicht erlebt worden. Es benötige daher nun einen Kraftakt, um Lösungen herbeizuführen und auch den Mitarbeitenden den Rücken zu stärken. In anderen Kommunen gäbe es dort gute Beispiele, die Probleme zu lösen.

Der Bürgermeister erwiderte, dass derzeit das Problem vor allem darin bestehe, dass es ein deutlich höheres Arbeitsaufkommen für weniger Personal gäbe. Daher müsse die Frage gestellt werden, wie man es am besten schaffe, das Personal wieder aufzustocken. Bei organisatorischen Fragestellungen, die hier ins Spiel gebracht würden, würde man auch entsprechend prüfen: Wenn beispielsweise Dienstzeiten am Samstag erwogen würden, dann müsse man sich darüber klar sein, dass dafür kein Personal vorhanden sei. Das vorhandene Personal habe bereits sehr viele Überstunden. Es gäbe im Fachdienst Mitarbeiterinnen mit zwischen 50 und 200 Überstunden. Es würde bereits am Limit dessen gearbeitet, was möglich sei. Daher würden zusätzliche Arbeitszeiten als ausdrücklich in dieser Lage nicht sinnvoll angesehen.

Herr Lienesch bekundete seine Verwunderung über diesen Antrag, da im Hauptausschuss bereits eine ausführliche Debatte darüber mit Anfragenbeantwortung stattgefunden habe. Die CDU könne diesen Antrag nicht unterstützen. Es sei dem Bürgermeister in seiner Analyse zuzustimmen: Arbeitszeiten am Samstag seien nicht sinnvoll. Die Verbesserung sei von allen gewollt. Dies solle aber nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter geschehen. Es stelle sich die Frage, ob Mitarbeitende aus anderen Bereichen der Verwaltung zeitweise in den Bürgerservice versetzt werden könnten. Weiterhin stelle die CDU-Fraktion einen Geschäftsordnungsantrag, die Sitzung zu unterbrechen, um den Vorsitzenden des Personalrates dazu zu hören.

Herr Doğan führte aus, dass man mehrere Mitarbeitende identifiziert habe, die in der Vergangenheit im Bürgerservice gearbeitet hätten und als zeitweise Unterstützung dort wieder infrage kämen, dies müsse dann auch u. a. mit der Entgeltgruppe etc. vereinbar sein. Problematisch sei dabei, dass bei den EDV-Programmen sich etwas geändert habe, daher hier erneute Einarbeitungszeiten notwendig. Weiterhin würden interne Umsetzungen die Probleme nur in andere Bereiche verlagert, wo dann dort eine Personalmangel bestünde.

Der Bürgermeister ergänzte, dass die Einarbeitung bei einer Person, die zu diesem Zeitpunkt stattfindet, sehr aufwändig sei. Wie von Herrn Metz erwähnt habe der Bürgermeister bei einer der Ausgabe-Aktionen von Pässen persönlich geholfen. Dies sei passiert, um dezidiert ein Bild davon zu bekommen, wie dort gearbeitet würde. Dabei sei deutlich geworden, dass schon für die vermeintlich kleineren Dienstleistungen wie eine Passausgabe mehrere Wochen Einarbeitungszeit erfordere, um diese fehlerfrei durchzuführen.

Frau Jung fragte, ob die Reisepapiere derzeit das dringlichste Problem seien und ob man dann an einem Tag nur Reisepapiere machen könne.

Der Bürgermeister erwiderte, dass deswegen ja Ausgabe-Aktionen wie an diesem Tag durchgeführt würden.

Frau Steinbeck sagte, dass eine Aktion wie von Frau Jung vorgeschlagen frühzeitig geplant werden müsse. Es müsse zudem richtiggestellt werden, dass der Bürgermeister an der Ausgabe-Aktion deswegen teilgenommen habe, um sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Die Arbeit des Bürgerservice würde von Außenstehenden häufig falsch eingeschätzt werden: Scheinbar nehme eine bestimmte Dienstleistung nur 2 Minuten in Anspruch. Dennoch könnten die damit zusammenhängenden Arbeiten wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehmen, dies sei für den Bürger nicht immer ersichtlich. Bei jeder Dienstleistung würde das entsprechende Melde-Programm benötigt. Durch das Rechenzentrum würden regelmäßig freitags Updates durchgeführt. Daher würde stark davon abgeraten, in diesem Zeitraum Sprechzeiten anzubieten. Zu der öffentlichen Berichterstattung sei auch Einiges zu sagen: Von Mitarbeitenden sei die Presseberichterstattung so zu verstehen gewesen, dass zwischen den Zeilen gelesen werden könne, dass man mit deren Arbeit nicht zufrieden sei. Es würde sehr viel geleistet. In den letzten zwei Jahren sei, auch in der Corona-Pandemie, viel geleistet worden, trotz der Angst von einer Infektion betroffen zu sein, habe es keinen Lockdown und immer Öffnungszeiten gegeben. Die entsprechende Arbeit mit Menschen sei nicht immer einfach. Dafür müsse man auch geeignet sein. In der Pandemie hätten die Bürger ihre Ausweise nicht gebraucht und wollten diese nun verlängern, um wieder entsprechende Reisen machen zu können. Daher sei der Arbeitsaufwand nun überproportional größer als in den vorigen Jahren zu dieser Zeit. Dazu seien Personalausfälle gekommen. Man sei daher auf der Suche nach Personal. Betreffend des fachlichen Wissens sei die Arbeit sehr umfangreich, dass die Einarbeitung eines neuen Mitarbeiters neun bis zwölf Monate Zeit in Anspruch nehme. Die Aussagen, die von den Mitgliedern des Rates nun gemacht würden, sollten dann auch konsequent bei den Beratungen zum Haushalt, wenn es um die Personalkosten und Personalausstattung ginge, wieder ins Gedächtnis gerufen werden.

Herr Knülle fragte, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, die IT zu verbessern, sodass dort eine Entlastung erfolge. Weiterhin müsse gefragt werden, ob nicht Kolleginnen oder Kollegen aus anderen Kommunen in Sankt Augustin Dienst verrichten könnten. Weiterhin müsse zu dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Lienesch gesagt werden, dass der Personalrat dann auch in der Sitzung und nicht in einer Sitzungsunterbrechung angehört werden müsse.

Frau Steinbeck antwortete, dass die Situation in anderen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreis sehr ähnlich sei. Ergänzend müsse gesagt werden, dass die Frist zur Verlängerung von Kinderreisepässen von sechs Jahren auf ein Jahr heruntergesetzt worden sei. Das Ganze sei eine außergewöhnliche Situation.

Frau Jung sagte, dass es die Intention des Antrags bzw. des Prüfauftrags sei, der Verwaltungsspitze dabei zu helfen, bei diesem akuten Problem schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen. Der Antrag würde wohl komplett missverstanden, wenn die CDU erwäge, hier den Personalrat mit einzubeziehen. Der Antrag sei ausdrücklich nicht als Kritik an dem Personal des Fachdienstes Bürgerservice zu verstehen. Weiterhin solle beantwortet werden, wann der ‚Stau‘ abgearbeitet sei und ob es künftig möglich sei, solche ‚Staus‘ abzumildern, indem mit einer App darüber informiert würde, wenn bestimmte Ausweisdokumente ablaufen würden, als Information bzw. Service für die Bürgerinnen und Bürger.

Der Bürgermeister erwiderte, dass die Örtlichkeit im Rathaus ein Problem in diesem Zusammenhang darstelle, im Vergleich zu früher, wo die Räumlichkeiten großzügiger gewesen seien. Dies müsse klar gesagt werden.

Frau Steinbeck ergänzte, dass es in anderen größeren Räumlichkeiten auch lange Schlangen gegeben hätte, nur dass diese nicht direkt so auffällig gewesen wären. An dem Termin-System halte man derzeit fest, dass nicht tagtäglich sich derart lange Schlangen bilden würden. Aufgrund der Personalausfälle werde das Abarbeiten des ‚Staus‘ noch länger dauern, dies sei derzeit auch schwer abzuschätzen. Vor der Tür des Bürgerservice sei es bereits bei Pass-Ausgabe-Aktionen zu Schwierigkeiten gekommen.

Herr Lienesch sagte, dass nach § 13 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Sankt Augustin eine Sitzungsunterbrechung beantragt würde, um den Vorsitzenden des Personalrates zu Wort kommen zu lassen. Die Punkte des Antrags könnten in Konsequenz eine Auswirkung auf das betreffende Personal im Fachdienst haben.

Herr Metz erklärte, dass seine Fraktion gar kein Problem damit habe, den Personalrat in dieser Sache zu hören. Problematisch sei es allerdings, wenn der Personalrat nun von der CDU-Fraktion dahingehend instrumentalisiert würde und hier ein Narrativ gebildet würde, nach welchem die Mitarbeitenden des Bürgerservices nun noch weiter von der ‚bösen‘ Ampel-Kooperation belastet würden. Dies sei aber nicht die Absicht des Antrags. Zudem solle dezidiert überlegt werden, ob es nicht doch eine andere Möglichkeit gäbe als mit einem reinen Termin-System zu operieren. Tatsächlich sei es früher die Stärke des Bürgerservice gewesen, auch ohne Termin erscheinen zu können. Bei anderen Aspekten müsse ebenfalls über gemeinsame Lösungen geredet werden.

Herr Knülle bemerkte, dass er es gut fände, den Personalrat hier zu hören. Dennoch sei es sehr politisierend von der CDU dies in der Sitzung des Rates ins Spiel zu bringen.

Der Bürgermeister ließ über den Geschäftsordnungsantrag der CDU abstimmen.

Einstimmig bei zwei Enthaltungen (FDP-Fraktion)

Herr Hartwig Klein stellte sich den Mitgliedern des Rates kurz in seiner Funktion als Vorsitzender des Personalrates der Stadtverwaltung vor bedankte sich bei allen Fraktionen, dass ihm ein Rederecht gegeben würde. Es solle unterstrichen werden, dass der Personalrat nicht politisch instrumentalisiert würde und das Personal parteipolitisch neutral vertreten solle. Der Personalrat schütze die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer. Zu den Räumlichkeiten des Bürgerservice sei Folgendes zu sagen: Die Räumlichkeiten seien ‚nicht auszuhalten‘. Andere Kommunen glänzten mit Ihren jeweiligen Bürgerservices. Die Räume des Bürgerservice sollten eigentlich ein Aushängeschild der Stadt sein. In Sankt Augustin sei dies leider eine Zumutung. Die Räume seien zu klein und der Datenschutz sei nicht gegeben, da eigentlich vertrauliche Gespräche mitgehört werden könnten. Der Vorschlag zur Erweiterung der Öffnungszeiten sei nachvollziehbar. Die Kolleginnen würden aber bereits am Limit dessen arbeiten, was möglich sei. In kurzer Zeit seien mehrere aktive Mitarbeitende aus der städtischen Belegschaft gestorben. Dies mache nachdenklich und bringe Mitarbeitende zum Überlegen. Der Antrag sei als Anreiz dafür verstanden worden, etwas zu unternehmen, auch dahingehend, neues Personal bzw. neue Stellen zu schaffen. Es müsse neues Personal beschafft werden. Früher sei der öffentliche Dienst beliebter gewesen, heute sei dies eher ‚out‘. Bei hochdotierten Stellen würde kein Personal, zumindest kein geeignetes, gefunden. Der Reiz, im öffentlichen Dienst zu arbeiten, müsse gestärkt werden. Die Mitarbeitenden hätten die Bereitschaft, alles zu geben und die Stadt auch nach außen zu repräsentieren. Der Anspruch zur Aufgabenerfüllung durch die Bürger würde aber steigen, hier weil nun wieder mehr verweist werden würde. Dies müsse alles berücksichtigt werden.

Der Bürgermeister dankte Herrn Klein für seine Ausführungen und fasste nun nochmal zusammen, dass weitere Öffnungszeiten mit dem aktuell vorhandenen Personal nicht möglich seien. Dies müsse klar konstatiert werden. Daher werde dringend neues Personal benötigt, das entsprechende Einarbeitung benötige. Inhaltlich sei das in dem Antrag Geforderte bereits geprüft worden und wird künftig fortlaufend weiter geprüft werden.

Herr Metz beantragte eine Sitzungsunterbrechung, mit der die anderen anwesenden Fraktionen sich einverstanden zeigten.

Herr Metz verlas nach der Unterbrechung einen geänderten Beschlussvorschlag der antragstellenden Fraktionen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Prüfung von Verbesserungen beim Bürgerservice fortzuführen und dabei die Erörterungen in der Ratssitzung zu berücksichtigen. Verbesserungen sollen gemeinsam mit den Beschäftigten, die nicht mehr belastet werden sollen, geprüft und zeitnah umgesetzt werden. Für den Haupt- und Digitalisierungsausschuss nach der Sommerpause soll die Verwaltung zum Sachstand berichten und, sofern möglich, mittelfristige Lösungen, inklusive Personalmehrbedarfe, aufzeigen.

Herr Lienesch erklärte, dass die CDU-Fraktion auch diesem geänderten Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, dass etwas nicht beschlossen werden

müsse, wenn dies durch die Verwaltung bereits ausgiebig geprüft würde. Daher sei eine Beschlussfassung hier nicht erforderlich und die CDU werde dagegen stimmen.

Der Bürgermeister erklärte, dass die Verwaltung keine zusätzliche Motivation nötig habe, da das Thema bereits seit längerer Zeit mit großer Priorität geprüft und weiter verfolgt würde.

Der Bürgermeister ließ über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Mehrheitlich ja (24 Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP u. Herrn Austria - 17 Nein-Stimmen vom Bürgermeister, CDU u. Herrn Bierschenk)